

## **Linke Grüne und Europa - ein schwieriges Thema**

*Input zum Treffen der Grünen Linken, 30.-31.05.2008, Kassel*

Die Europäische Union war bisher für die Grüne Linke ein problematisches Thema. Einerseits präsentieren sich Grüne als DIE Europapartei, und natürlich ist auch die Vision eines friedlichen, demokratischen, weltoffenen und toleranten Europas für linke Grüne ein positives Leitbild.

Andererseits gibt es gerade von links und grün-links erhebliche Kritik an der EU und ihren Institutionen, die in der Auseinandersetzung um die europäische Verfassung besonders deutlich zur Sprache kamen. Mit der Zustimmung fast der gesamten grünen Bundestagsfraktion zum EU-Grundlagenvertrag ist die „Verfassungs“-Frage zwar entschieden worden, aber die Debatte ist damit nicht beendet.

Aufgabe eine strategisch klugen und auch wirksamen Strategie für Grüne Linke kann jetzt nicht mehr sein, die Zustimmung stur als Fehler zu brandmarken, stattdessen sollten wir produktiv die Kritikpunkte weiter entwickeln und möglichst effektiv in die Programmdiskussion zur Europawahl 2009 einbringen.

### **Europa demokratisch**

Mit der Entscheidung, keine europäische Verfassung per europaweitem Referendum durch den europäischen Souverän legitimieren zu lassen, ist eine große Chance, die oft beklagt Kluft zwischen dem „Raumschiff Brüssel“ und den BürgerInnen zu überbrücken, vertan worden. Es hat jedoch wenig Sinn, diese Diskussion nun weiterzuführen, da mit dem Grundlagenvertrag Fakten geschaffen wurden. Zu begrüßen ist, dass der Grundlagenvertrag das Instrument des europäischen BürgerInnenbegehrens enthält. In dieser Richtung müssen Grüne in Europa weiterarbeiten. Die institutionelle Reform der EU geht ebenfalls prinzipiell in die richtige Richtung, allerdings müssen wir klar machen, dass es uns nicht weit genug geht. Wichtigste Forderung aus grüner Sicht ist die Stärkung des Europäischen Parlaments als einziger, direkt demokratischer legitimierter Institution auf europ. Ebene.

Demokratie lebt aber nicht nur von Strukturen und Institutionen sondern auch von einer europäischen Öffentlichkeit und einem europäischen Demos. Grüne unterstützen deswegen die Versuche auch von öffentlich-rechtlichen Medien, eine europäische Debatte zu führen und zu unterstützen. In unserer eigenen Partei müssen wir zeigen, dass das Bekenntnis zur Basisdemokratie nicht an den nationalen Grenzen aufhört. Die Europäische Grüne Partei muss in ihrem Verhältnis zu den nationalen Mitgliedsparteien gestärkt werden, vor allem durch eine Unterfütterung der Basis in einem bottom-up Ansatz – mit einer Umbenennung in Europäische Grüne Partei ist es noch nicht getan. Deswegen plädieren wir dafür, den Basisansatz gerade in der Kampagne zur Europawahl deutlich zu stärken. Das Instrument der „Individual Supportership“ der EGP kann dafür ein wichtiger Baustein sein, und wir fordern den Bundesvorstand auf, dieses Konzept endlich ernst zu nehmen und es nicht weiter verschämt zu verstecken.

### **Europa sozial**

Die wirtschaftliche Integration Europas in der EU ist sehr weit fortgeschritten, die soziale Integration hat praktisch noch gar nicht stattgefunden. Gerade hier sind in

den letzten Jahren schwere Fehler gemacht worden. Die berechtigte Kampagne gegen die sog. „Bolkestein-Richtlinie“ hat zum ersten Mal so etwas wie eine paneuropäische Öffentlichkeit, incl. Paneuropäischer Demonstrationen hervorgebracht.

Europa muss mehr sein als eine Freihandelszone, wenn die Europäischen Institutionen die Zustimmung der BürgerInnen behalten wollen. Binnenmigration und drastische Gefälle in den Lohn- und Sozialstandards der Mitgliedsländer setzen das Europa der zwei Klassen fort, wir erleben zur Zeit eine Innereuropäische Dumpingspirale von Löhnen und Sozialleistungen nach unten. Beste Beispiele dafür sind die Standortverlagerungen ins europäische Billiglohnausland (Nokia) und der riesige Strom von prekär Beschäftigten BinnenmigrantInnen aus den ärmeren EU-Staaten in den gering qualifizierten grauen und schwarzen Arbeitsmarkt der reicheren. Die EU muss hier gegensteuern, sie darf sich nicht zum Agenten einer neoliberalen und unsozialen Freihandelszone machen.

Grüne fordern deswegen eine dritte Welle der europäischen Integration: nach der politischen und der wirtschaftlichen nun auch die soziale. Wir brauchen Konzepte wie europäische Mindestlöhne oder einen europäischen Sozialpakt mit harten Kriterien, ähnlich derer des Maastrichter Stabilitätspaktes, für den sozialen Sektor.

### **Europa ökologisch und nachhaltig**

Erhebliche Erfolge hat die EU bereits im Bereiche VerbraucherInnenschutz gebracht. Gerade hier besteht jedoch sehr schnell die Gefahr, dass sinnvolle Europäische Richtlinien zum VerbraucherInnenschutz als typische Auswüchse des Brüsseler Bürokratismus gebrandmarkt werden.

Im Energiesektor spielen EU-Institutionen eine ambivalente Rolle. Einerseits ist der ständige Drang aus Brüssel zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen natürlich gesellschaftspolitisch kritisch zu sehen, andererseits könnte die EU gerade dadurch zu einer Zählung der Energie-Oligpole beitragen. In Hinblick auf ein Kernkraft-freies Europa kann zurzeit von der europäischen Ebene kein positiver Effekt erwartet werden.

Die Subventionspolitik der EU, insbesondere im Agrarsektor, muss von Grünen aufmerksam beobachtet und kritisiert werden. Hier könnte ein möglicher Schwerpunkt für die Wahlkampagne 2009 liegen, allerdings sollte dabei einkalkuliert werden, dass wir uns dabei mit der äußerst mächtigen Bauernlobby anlegen würden.

### **Friedensmacht Europa**

Spätestens die „Coalition of the willing“ das völkerrechtswidrigen Irak-Krieges unter der Führung der USA hat die Spaltung Europas und „old and new Europe“ deutlich gemacht. Für Grüne Friedenspolitik in ihrem Verhältnis zur EU ergibt sich daraus ein Dilemma: Einerseits können wir erleichtert sein, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU noch nicht so weit verbindlich integriert ist, dass sie auch Deutschland und Frankreich in dieses unverantwortliche und falsche kriegerische Abenteuer mitgezogen hätte. Andererseits könnten wir uns wünschen, dass eine weitergehende, integrierte GASP Großbritannien, Polen und andere EU-Mitgliedsländer von der Teilnahme an diesem Krieg abgehalten hätte.

Gleichzeitig war die Europäische Rüstungsagentur im Verfassungsrang einer der zu Recht von Grünen am stärksten kritisierten Punkte des europäischen Verfassungsentwurfs. So sinnvoll es ist, dass nicht alle EU-Länder nebeneinander her

nationale Aufrüstung betreiben und deswegen ihre Maßnahmen koordinieren, so inakzeptabel ist es gleichzeitig, Aufrüstung zum Verfassungsgebot der EU zu machen. Gerade an diesem Punkt muss weiterhin die kritische Beobachtung und öffentliche Kritik des Brüsseler Lobbyismus von Grünen entschieden betrieben werden.

Wir sind uns einig, dass der Grundsatz „Zivil vor Militär“ grundsätzlich, also auch auf europäischer Ebene gelten muss. Dazu gehört die Einrichtung einer „Europäischen Friedensagentur“, die die Fähigkeiten zur zivilen Konfliktprävention und -bewältigung der Mitgliedsstaaten verbessert und koordiniert. Trotzdem müssen auch wir uns der Frage stellen, wie weit wir uns auf eine europäische GASP, die auch eine militärische Komponente hat, einlassen wollen. Der grundsätzliche Souveränitätsvorbehalt der Nationalstaaten stößt hier an seine Grenzen: so erfreulich es ist, dass sich deutsche und französische SoldatInnen nicht am Unrecht am irakischen Volk mitschuldig machen, so wenig hat es den Irak-Krieg selbst verhindert. Eine starke, integrierte EU mit einer außen- und sicherheitspolitischen Stimme hätte hier ein ganz anderes Gewicht und wäre potentiell viel eher dazu in der Lage, militärische Eskapaden der transatlantischen NATO-Verbündeten zu verhindern. Grüne setzen sich deswegen für eine EU mit einer stark integrierten GASP ein, die aber gleichzeitig sehr strikte und enge Kriterien für Militäreinsätze als ultima ratio anlegt. Natürlich kann in solchen Fragen kein einfaches Mehrheitsvotum der Mitgliedsstaaten ausreichen, um die nationale Souveränität zu übergehen. Die EU muss sich Überzeugung nach stattdessen sehr viel mehr andere multilaterale Institutionen wie die UNO und die OSZE stärken. Gerade die Legitimations- und Funktionskrise der NATO ist unserer Überzeugung nach ein starkes Motiv, für einen neuen Bündnispolitischen Ordnungsrahmen: eine starke EU innerhalb einer schwachen NATO ist uns lieber als eine schwache EU in einer starken NATO.

Peter Albers, KV Münster

Kontakt: [palbers@muenster.de](mailto:palbers@muenster.de), Tel.: +49 (0)251 / 248 92 39